

INKLUSIVER REGIONALISMUS EIN NEUER ANSATZ FÜR DIE EU-HANDELSPOLITIK

Von
Werner Raza und
Bernhard Tröster

Handel galt in der EU und Österreich lange als Motor für Wachstum und Stabilität. Seit der aggressiven Handelspolitik Donald Trumps ist damit Schluss. Heute geht es zunehmend um Risiken, Macht und Resilienz. Statt auf alten Denkmustern und Rezepten zu beharren, braucht die EU eine neue Handelsstrategie. Inklusiver Regionalismus kann dafür Impulse geben.

Vor diesem Hintergrund ist es an der Zeit sich zu fragen, ob ein exportorientiertes Wachstumsmodell noch sinnvoll ist.

Die Handelspolitik der Europäischen Union steht an einem Wendepunkt. Nach mehr als drei Jahrzehnten, die von einer freihändlerischen Mentalität und einem exportorientierten Wachstumsmodell geprägt waren, haben die jüngsten geopolitischen und wirtschaftlichen Entwicklungen die Grenzen dieses Ansatzes aufgezeigt. Der Handel ist zunehmend politisiert, die globalen Märkte sind fragmentierter und die wirtschaftlichen Interdependenzen werden für machtpolitische Zwecke missbraucht. Die bisherige wirtschaftspolitische Strategie funktioniert in diesem neuen Umfeld nicht mehr und stellt die EU vor eine grundlegende Frage: Wie kann die Handelspolitik zu wirtschaftlicher Resilienz, sozialem Zusammenhalt und Nachhaltigkeit beitragen? In einem [aktuellen Policy Brief](#) argumentieren wir, dass die EU ihre Handelsstrategie grundlegend neu ausrichten muss.

Neoliberale Handelspolitik am Ende

Lange Zeit stützte sich die EU auf eine einfache Annahme: Offene Märkte, Liberalisierung und regulatorische Konvergenz bringen Wachstum und Stabilität. Exportüberschüsse wurden zu einer zentralen Säule des EU-Wirtschaftsmodells, insbesondere nach der Finanzkrise, als staatliche Sparmaßnahmen die Binnennachfrage und Investitionen einschränkten. Das europäische Wachstum hing zunehmend vom Rest der Welt ab.

Diese Logik wird nun von mehreren Seiten in Frage gestellt. Die Pandemie hat gezeigt, wie fragil globale Lieferketten sein können.

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat die Abhängigkeit Europas von importierten Energien und Rohstoffen offenbart. Gleichzeitig hat sich der globale Wettbewerb verschärft, insbesondere durch den Aufstieg Chinas zu einem zentralen industriellen und technologischen Konkurrenten. Im letzten Jahr hat schließlich der von der Trump-Regierung ausgelöste Zollkrieg die Verwundbarkeit der EU brutal offengelegt. Klar ist mithin: In der Handelspolitik geht es heute nicht mehr nur um Marktzugang oder Effizienz. Es geht zunehmend um Macht, Risiko und Sicherheit.

Vor diesem Hintergrund ist es an der Zeit, sich zu fragen, ob ein exportorientiertes Wachstumsmodell noch sinnvoll ist. Kann sich die Europäische Union weiterhin auf die Auslandsnachfrage verlassen, während die globalen Märkte fragmentieren und die geopolitischen Spannungen zunehmen? Oder schafft dieser Ansatz eher neue Schwachstellen und Instabilität?

Trotzdem more of the same?

Eine mögliche Antwort besteht darin, den Fokus nach innen zu verlagern: nicht in Richtung Isolation, sondern in Richtung binnenorientierter Entwicklung. Prominente Stimmen wie etwa [Mario Draghi](#) und [Christine Lagarde](#) stellen die Fortsetzung des exportorientierten EU Modells mittlerweile offen infrage. Beide sehen die Vertiefung des Binnenmarkts, vor allem die Einrichtung einer europäischen Kapitalmark-

tunion, als den Königsweg zur Schaffung neuer wettbewerbsfähiger Wirtschaftszweige, insbesondere im High-Tech Sektor. Zudem schlägt der vielzitierte Draghi-Bericht eine langfristige Investitionsoffensive im Ausmaß von rund 800 Milliarden Euro pro Jahr vor, einerseits um die Innovationslücke zu den USA und zunehmend auch zu China zu schließen, andererseits um die grüne und digitale Wende voranzutreiben.

Mit ihrer derzeitigen Politik zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit versucht die EU, das exportorientierte Wachstumsmodell fortzusetzen – auch um den Preis eines sozial- und umweltpolitischen Rückschritts. Auf Basis einer selektiven Interpretation des Draghi-Berichts setzen die EU-Kommission und viele Mitgliedsstaaten derzeit vor allem auf Deregulierung und Kostensenkung. Zwar wird im Draghi-Bericht ausführlich auf die Notwendigkeit einer Vereinfachung des

regulatorischen Rahmens eingegangen, doch liegt der strategische Schwerpunkt auf der Verbesserung des Geschäftsumfelds für innovative Unternehmen durch die Nutzung der Größe des europäischen Binnenmarkts. Der Bericht befürwortet jedoch keine Schleifung des sozialen und ökologischen Rechtsbestands.

Genau das scheint jedoch die Europäische Kommission mit den Omnibus-Initiativen zu tun. Deren übergeordnetes Ziel es ist, Verwaltungsaufwands für Unternehmen bis 2029 um mindestens 25 % und für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) um mindestens 35 % zu verringern. Bislang wurden zehn Omnibus-Pakete angekündigt, die sich auf ein breites Spektrum von Themen konzentrieren, wie etwa Nachhaltigkeitsstandards (Omnibus I), Investitionserleichterungen (Omnibus II), digitale Fragen, Chemikalienregulierung oder Landwirtschaft.

Kurswechsel

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen
www.kurswechsel.at

Jahrgang 2025



HEFT 1: Was wurde eigentlich aus ... der Zukunft?

Thesen, Themen und Zukunftsprognosen aus 40 Jahren Kurswechsel im Aktualitätstest.



HEFT 2: (Gesellschafts-)kritische Ökonomie in Österreich

Kritisch denken und forschen über Wirtschaft und Gesellschaft – was bisher geschah und was dem neoliberalen Umbau der Wissenschaft standhält.



HEFT 3: Kriegs- und Friedenswirtschaft

Wiederaufbau kriegszerstörter Gebiete sowie Ausbau der Rüstungsindustrie sind heute gleichzeitig Thema der Europäischen Politik. Weltweit wird so viel für das Militär ausgegeben wie nie zuvor. Stehen wir vor einer neuen Kriegswirtschaft oder gibt es Alternativen?



HEFT 4: Boden zwischen Markt und Politik

Wohnen, Anbauen, Baden, Produzieren, Wildleben, Spekulieren – wer darf wieviel Grund und Boden wofür nutzen, und gegen welche Gegenleistung? Bodenpolitik rückt zusehends ins Rampenlicht und wirft weitreichende Planungsfragen auf.

Einzelheft € 12,—
Normalabonnement € 34,—
StudentInnenabonnement € 18,—
Auslandsabonnement € 42,—

Bestellung an: Sonderzahl Verlag
Tel.: (0043-1) 586 80 70
E-Mail: verlag@sonderzahl.at
www.sonderzahl.at

Kritik im Abo

Mit ihrer derzeitigen Politik zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit versucht die EU, das exportorientierte Wachstumsmodell fortzusetzen - auch um den Preis eines sozial- und umweltpolitischen Rückschritts.

Die bisherigen Vorschläge gehen weit über den Abbau bürokratischer Hürden hinaus und greifen den Kern bestehender EU-Vorschriften an. Das zeigt sich am Beispiel der EU-Richtlinie zur Sorgfaltspflicht von Unternehmen (EUCS3D). Der Anwendungsbereich der Verordnung wurde auf sehr große Unternehmen beschränkt, die Sorgfaltspflichten gelten nur noch für direkte Lieferanten und die zivilrechtliche Haftung bei Verstößen wurde gestrichen - allesamt Kernaspekte der Verordnung. Was öffentlich als Entlastung der Wirtschaft von übermäßigem Verwaltungsaufwand dargestellt wird, läuft damit auf eine erhebliche Verwässerung der Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards hinaus. Die Deregulierungsagenda wird komplettiert durch wachsenden Druck auf Löhne und eine breite Kampagne für weitere „Reformen“ angeblich nicht mehr finanzierbarer Sozialleistungen.

Neue außenhandelspolitische Offensive

Parallel zur Deregulierung und Kostensenkung im Innern setzt die Kommission auf eine handelspolitische Offensive nach außen. Sinkende Exporte durch die Abschottung der USA sollen durch den Abschluss neuer bilateraler Handelsabkommen mit den Mercosur-Ländern, Indien, Indonesien und anderen Ländern kompensiert werden. Der Druck auf freihandels skeptische Akteur:innen aus Politik und Zivilgesellschaft, „Verantwortungsbewusstsein“ zu zeigen und solche Abkommen unter Verweis auf die schwierige wirtschaftliche Lage in der EU zu unterstützen, ist in letzter Zeit stark angewachsen. Menschenrechtliche oder ökologische Einwände werden zunehmend als Luxus dargestellt, den sich Europa in einer vom Recht des Stärkeren bestimmten Weltordnung nicht mehr leisten könne.

Die Hoffnungen, die Regierungen und Unternehmen in die neuen Handelsabkommen setzen, sind allerdings überzogen. Handelsabkommen mit Schwellenländern wie Mercosur oder Indien sind mit langen Übergangsfristen von zehn Jahren oder mehr für die Markttöffnung versehen. Die zu erwartenden wirtschaftlichen Wachstumseffekte sind klein, in der Regel zwischen 0,1% bis 0,5% des EU BIPs, und sie treten, wenn überhaupt, erst nach vielen Jahren ein. Auch das bemühte Argument, dass die neuen Abkommen notwendig seien, um Bündnispartner zu gewinnen, ist wenig überzeugend. Wer glaubt ernsthaft, dass mit rechtsautoritären Politikern wie Javier Milei (Argentinien) oder Narendra Modi (Indien) verlässliche Partnerschaften möglich sein werden? Vielmehr zeigt sich hier, dass das Mantra der europäischen politischen Elite, eine „wertebasierte“ Außenpolitik zu betreiben, gerade still und leise entsorgt wird.

Auch im Hinblick auf die eklatanten externen Abhängigkeiten der Europäischen Union beim Import von Energie und kritischen Rohstoffen versagt die derzeitige Politik weitgehend. Eine neue Untersuchung des Europäischen Rechnungshof zur Versorgung mit für die grüne und digitale Transformation wichtigen, sogenannten kritischen Rohstoffen kommt zu dem Schluss, dass die EU keines ihrer selbst gesteckten Ziele zur Diversifikation von Bezugsquellen bzw. zum Ausbau von Recycling und Kreislaufwirtschaft bis 2030 erreichen wird. Ähnliches gilt für die Energiewende. Im Bereich Gas und Öl hat sich die Abhängigkeit lediglich von Russland zu den USA verschoben, während der für eine nachhaltige Verringerung der externen Abhängigkeiten zentrale Ausbau erneuerbarer Energieträger ebenso wie der dafür nötige Netzausbau deutlich zu langsam voranschreiten.



Abb. 1: Prinzipien einer post-neoliberalen Handelspolitik

Die derzeit praktizierte Politik einer versuchten Fortsetzung des exportorientierten EU-Wirtschaftsmodells löst weder die drängenden ökonomischen, sozialen oder ökologischen Problemlagen. Angesichts zunehmender ökonomischer Rivalitäten und protektionistischer Tendenzen der beiden größten europäischen Absatzmärkte USA und China, wird der Wachstumsbeitrag aus dem Außenhandel für die EU absehbar sinken. Europa muss vor allem damit rechnen, dass die chinesische Konkurrenz in den traditionell exportstarken europäischen Branchen (Automobil, Chemie, Maschinenbau) in Zukunft deutlich zunehmen wird, sowohl auf dem europäischen Heimmarkt wie auch auf Drittmärkten.

Die Hoffnungen, die Regierungen und Unternehmen in die neuen Handelsabkommen setzen, sind allerdings überzogen.

Die Radikalisierung der Exportorientierung droht im Gegenzug europäische Umwelt-, Sozial und Verbraucher:innenstandards zu verwässern, ohne zu einer neuen und vor allem nachhaltigen Wirtschaftsdynamik zu führen. Dabei drängt es sich in der jetzigen Situation geradezu auf, die grüne und digitale Transformation zu beschleunigen. Einerseits würde das dabei helfen, die vielerorts

beklagten Innovationslücken zu schließen. Andererseits können eine umfassende Energiewende und voll ausgebaute Kreislaufwirtschaft auch die externen Abhängigkeiten der europäischen Wirtschaft von Energie- und Rohstoffimporten massiv senken. Verstärkte Binnenorientierung im Rahmen eines „inklusive Regionalismus“ wäre daher der Weg in die Zukunft.

Prinzipien einer Handelspolitik des inklusiven Regionalismus

Eine Neuausrichtung der europäischen Handelspolitik zur Unterstützung einer wirtschaftspolitischen Strategie des „inklusive Regionalismus“ ist dringend nötig, muss aber in weiten Teilen erst erarbeitet werden. Sieht man die Handelspolitik als Element einer solchen breiten Diskussion über ein zukunftsfähiges EU-Wirtschaftsmodell, dann sollte das erste Prinzip einer solchen neuen Handelspolitik demokratische Teilhabe und Verantwortlichkeit sein (**Democratic Accountability**). Dazu gehörte eine stärkere Einbindung des Europäischen wie auch der nationalen Parlamente, vor allem aber auch der in der Handelspolitik traditionell marginalisierten Akteure aus Gewerkschaften und Zivilgesellschaft.

Eine Handelspolitik des inklusiven Regionalismus müsste anstreben, externe Abhängigkeiten bei Energie, Rohstoffen, aber auch von Absatzmärkten zu verringern, die Diversifizierung der europäischen Lieferketten voranzutreiben, und den Aufbau eigener strategischer Kapazitäten bei essentiellen Gütern (wie z.B. Pharmazeutika) zu unterstützen. Diese Perspektive lädt auch dazu ein, die Wechselwirkungen zwischen Handel, Industriepolitik und Nachhaltigkeit zu überdenken. Handelspolitik kann mittelfristig über Maßnahmen zur Diversifizierung von Handelsströmen und langfristig

Die Perspektive des inklusiven Regionalismus lädt dazu ein, die Wechselwirkungen zwischen Handel, Industriepolitik und Nachhaltigkeit zu überdenken.

über Importsubstitution Abhängigkeiten verringern (**Diversification & Import Substitution**), während gleichzeitig über industriepolitische Maßnahmen und strategische öffentliche Investitionen die grüne, wie digitale Transformation vorangetrieben würde.

Selektiver Schutz durch Handelspolitik und industriepolitische Unterstützung müssten allerdings an klare Bedingungen für die heimische Wirtschaft geknüpft, sowie temporär und verhältnismäßig ausgestaltet sein (**Conditional Protectionism**). Ihre Auswirkungen auf externe Partner, insbesondere im Globalen Süden, müssen berücksichtigt werden. Inklusiver Regionalismus bedeutet eben nicht, die eigene wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zulasten anderer Länder zu steigern, sondern nimmt globale Verantwortung wahr. Menschenrechte, Sozial- und Umweltstandards in den internationalen Beziehungen bleiben wichtig, müssen aber auf faire Weise und vor allem in Kooperation mit externen Partnern umgesetzt werden (**Sustainable Trade Agenda**).

Gleichzeitig braucht es verstärkte Kooperation bei der globalen ökologischen Transformation durch mehr Finanzhilfe und Technologietransfer (**Win-Win Cooperation**). In diesem Sinne würde wirtschaftliche Kooperation im Rahmen der EU-Handelspolitik zu einem Instrument, das den Wandel global ermöglicht, anstatt europäische Regulierungsvorstellungen mit der Brechstange durchzusetzen. Einen solchen kooperativen Ansatz auf Augenhöhe braucht es auch für die Reform der multilateralen Handelsordnung (**New Multilateralism**). Die langjährige Kritik von Ländern des Globalem Südens und der Zivilgesellschaft an den WTO-Regeln sollte zum Ausgangspunkt einer offenen Diskussion über eine zukunftsfähige Handelsordnung genommen werden.

Eigene machtpolitische Interessen first, oder Kooperation auf Augenhöhe?

Die vielleicht wichtigste Frage ist: Begreift die Europäische Union den Handel und generell wirtschaftliche Kooperation in geopolitischen Zeiten als Wettbewerb, den sie nur zulasten anderer gewinnen kann? Oder sieht sie ihn als Raum für Zusammenarbeit im gegenseitigen Interesse? In einer von Rivalität und Unsicherheit geprägten Welt birgt die alleinige Konzentration auf die Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit und Exporten die Gefahr, Konflikte zu schüren und Ungleichheiten zu vergrößern. Ein ausgewogenerer Ansatz wie das Konzept des inklusiven Regionalismus würde darauf abzielen, Offenheit mit Resilienz und wirtschaftliche Wohlstandssicherung mit globaler sozialer und ökologischer Verantwortung zu verbinden.

Dies sind keine abstrakten Debatten. Angesichts wachsender geopolitischer Unsicherheit und zunehmenden wirtschaftlichen Drucks werden Entscheidungen zur Handelspolitik das künftige Wachstumsmodell der EU und ihre Rolle in der Welt prägen. Die derzeitige Rückkehr aggressiver Geopolitik drängt die Europäische Union auch in ihrer Handelspolitik zu machtpolitischer Engstirnigkeit und der Priorisierung von Eigeninteressen. Ein inklusiver Regionalismus könnte dazu beitragen, den eigenen Wohlstand zu sichern, die Nachhaltigkeitswende zu beschleunigen, und durch wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit auf Augenhöhe neue Verbündete zu gewinnen.

Werner Raza, wissenschaftlicher Leiter der Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE) in Wien.
w.raza@oefse.at

Bernhard Tröster, Senior Researcher an der Österreichischen Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE) in Wien.
b.troester@oefse.at



BESTELLEN!

Unter
https://wien.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/eu/infobrief/EU_Infobrief.html

können Sie den EU-Infobrief
kostenlos bestellen.

infobrief eu & international: EUROPA UND INTERNATIONALES IN KRITISCHER UND SOZIALER PERSPEKTIVE



Der EU-Infobrief erscheint 4x jährlich im digitalen Format und liefert eine kritische Analyse der Entwicklungen auf europäischer und internationaler Ebene.

Die Zeitschrift der Abteilung EU & Internationales der AK-Wien fokussiert dabei Themen an der Schnittstelle von Politik, Recht und Ökonomie. Anspruch ist nicht nur die Prozesse in den europäischen Institutionen zu beschreiben, sondern auch Ansätze zur Überwindung des Neoliberalismus zu entwickeln. Kurze Artikel informieren in prägnanter Form über aktuelle Themen. Langbeiträge geben den Raum für grundlegende Analysen, Buchbesprechungen bieten eine kritische Übersicht einschlägiger Publikationen.